



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mein kleines Schiff wird vielleicht nie mehr in den Hafen des Glücks einlaufen; doch gibt es sonnige Meere, wo sanfte Winde wehen, und wenn es auch mutterseelenallein fährt, ist's doch ein gar munteres Boot, gegen Schiffbruch und Unwetter gefeit, segelt durch viele Meere, berührt manches Land und wird reich an Erfahrung. Fest unter Verschuß halt ich meine Schätze: deine Liebe ist ein solcher Schatz, und niemand kann ihn mir rauben.

Was du mir von Jack schreibst, macht mich sehr unglücklich. Ich bin es nicht wert, daß er sich sorgt. Sag es ihm, Liebe. Wenn ich je wieder einen liebhaben könnte auf Erden, so wäre er es. Aber wenn sich gelegentlich solch ein Gefühl in meinem Herzen zu zelgen wagt, wird es mit der Wurzel ausgegriffen. Ich möchte gern an ihn schreiben, aber es würde uns beiden nur Leid bringen. Sei lieb gegen ihn, Kameradin, ich kann es nicht ertragen, daß er traurig und elend ist.

Ich bin so müde, daß ich kaum die Träume zurückhalten kann und lieber aufhöre für heute.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 5. April 1909

(Die Reichstagsreden des Reichskanzlers und ihre nächsten Wirkungen.)

Bei der zweiten Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei am 29. und 30. März hat Fürst Bülow die Verhältnisse der auswärtigen und der innern Politik in drei bedeutsamen Reden beleuchtet. Eben in jenen Tagen wurde der österreichisch-serbische Konflikt beigelegt, da Sir Edward Grey die von Baron Lehrenthal vorgeschlagene Formel, von der wir im letzten Reichs Spiegel berichtet haben, ohne Änderungen angenommen hatte und die Vorstellungen der Mächte in Belgrad nun endlich in einer Form geschehen konnten, die auch Österreich-Ungarn für ausreichend hielt. Jetzt fügte sich auch Serbien dem Drucke der Mächte, und somit konnte die Kriegsgefahr als beseitigt gelten.

Für den Reichskanzler war dies der gegebene Augenblick, um auch vor dem Reichstage Rechenschaft über die auswärtige Politik zu geben. Er tat es diesmal nicht in der Form einer Antwort auf die Anregungen und Fragen des Vertreters einer regierungsfreundlichen Partei, sondern er eröffnete die Verhandlung mit einer klaren Auseinandersetzung über die Fragen, die für eine Behandlung vor dem Reichstage reif waren.

Fürst Bülow knüpfte dabei an die Frage an, die durch die Verhandlungen im englischen Unterhause und durch die Flottenpanik im englischen Volke in den Vordergrund gerückt worden war. Es waren diesmal keine friedfertigen Versicherungen, von denen böswillige Leute sagen könnten, das seien Worte, nichts als Worte. Wohl gab der Kanzler an erster Stelle in würdigen Worten der Genugtuung Ausdruck, die der Besuch des Königs und der Königin von Großbritannien in der Hauptstadt des Deutschen Reichs überall hervorgerufen hatte. Aber er kennzeichnete den Wert freundlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht nur durch freundliche Worte, sondern ließ die Zahlen reden, die

nichts andres sind als der Ausdruck von Tatsachen, die über allen Stimmungen und diplomatischen Künsten stehn. England und Deutschland sind eben wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Selbstverständlich kann dieses Verhältnis zertrümmert werden, aber wer das tut, der verschafft seinem Lande dadurch keine Vorteile, er stiftet nur einen unermesslichen, unwiederbringlichen Schaden. Das ist zwar längst die Meinung aller vernünftigen Leute in Deutschland und in England, aber sie wird von Schadenstiftern diesseits und jenseits des Kanals immer wieder beiseite zu schieben und zu überschreien versucht, und gegen diese Versuche helfen natürlich keine Freundschaftsversicherungen. Man kann nur im Sinne einer Aufklärung arbeiten, indem man das einfache Tatsachenmaterial über das, was im Fall einer völligen Entzweiung Deutschlands und Englands auf dem Spiele steht, immer wieder vor Augen führt.

Noch schwieriger zu erörtern sind die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die zeitweise ziemlich scharfen Gegensätze, die in der Marokkofrage hervorgetreten waren, sind durch das im Februar abgeschlossene Abkommen beseitigt worden. Sollte nun über die Vorgeschichte und den Wert dieses Abkommens erschöpfende Auskunft gegeben werden, so war dies, ohne neue Verstimmungen zu schaffen, kaum möglich, denn es mußten doch dabei die alten Streitpunkte in scharfer Beleuchtung gerückt werden, wenn man nicht riskieren wollte, daß die deutschen Gegner der deutschen Regierungspolitik in der Marokkofrage aufs neue in ihrer mißmutigen und abfälligen Kritik bestärkt wurden. Wir haben in unsern Betrachtungen an dieser Stelle mehrfach auseinandergesetzt, daß das Verhängnis unsrer Marokkopolitik darin bestand, daß zwei Meinungen beständig nebeneinander hergingen und nicht zusammenkommen konnten. Die eine Meinung richtete sich auf das von der Regierung streng festgehaltne Ziel, nämlich die Erhaltung der Möglichkeit für deutsche Reichsangehörige, in Marokko ungehindert Handel zu treiben, und zwar unter ausdrücklicher Fernhaltung und grundsätzlicher Ablehnung aller reinpolitischen Ziele. Die andre Meinung, die ihren Rückhalt begreiflicherweise bei den Deutschen in Marokko selbst fand und bei uns hauptsächlich durch das Deutsche Marokkocomitee vertreten wurde, kennzeichnete sich durch das allgemeine Bestreben, dem Deutschtum in Marokko überhaupt stärkern Einfluß auch in politischer Beziehung und womöglich ein Übergewicht zu verschaffen, am liebsten in Form einer Kolonisation, Schutzherrschaft oder dem ähnlichen. Die großen Schwierigkeiten, die sich auch dem bescheidenen Ziele der deutschen Regierung entgegenstellten, machten mehrfach Maßregeln nötig, die als ein Einlenken in die Bahnen des deutschen Marokkocomitees gedeutet werden konnten und tatsächlich so aufgefaßt wurden. Wenn dann derartige Schritte ihre Wirkung getan hatten und andre Mittel nötig wurden, dann wurde natürlich in den Kreisen, die das Vorgehen als den Anlauf zu einer weitergehenden Politik betrachtet hatten, von Rückzügen, Mißerfolgen und Schwankungen gesprochen. Auf diese Umstände deutete wohl auch der Reichskanzler hin, als er in seiner Rede sagte: „Ich könnte Ihnen, meine Herren, in einer historischen Betrachtung nachweisen, daß, wenn unsre Methode nicht immer die gleiche war, doch unser sachlicher Standpunkt immer derselbe geblieben ist. Zeit und Umstände sind eben immer im Fluß und Wechsel. Im Fall des Marokkoabkommens liegt dem Vorwurf der Inkonsequenz, wie ich glaube, eine irrtümliche Auffassung über unsre Aufgaben in Marokko zugrunde.“ Daß der Reichskanzler trotz der naheliegenden Versuchung auf Einzelheiten und genaue Erläuterungen dieser Andeutung nicht einging, war gerechtfertigt, denn er hätte die deutschen Kritiker unsrer offiziellen Marokkopolitik eben nicht entwaffnen können, ohne neue und noch dazu überflüssige Verstimmungen in Frankreich hervorzurufen. Fürst Bülow ging deshalb darüber hinweg und ließ mit geschickter Wendung die Erörterung über die

Marokkofrage in eine Ausführung von grundsätzlicher Bedeutung und größerer aktueller Wichtigkeit ausklingen. Er warf mit Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen die Frage auf, ob die Möglichkeit, daß wir mit Frankreich vielleicht wieder einmal den Degen zu kreuzen hätten, uns veranlassen müsse, Frankreich anderweit zu schaden und es in Schwierigkeiten zu verwickeln. Diese „Theorie der krummen Politik“ verwarf der Kanzler als nicht in unserm Interesse liegend, und er konnte sich dabei — mit größerem Rechte als viele Politiker, die bei jeder Gelegenheit die Autorität Bismarcks im Munde führen — auf das Beispiel seines großen Amtsvorgängers berufen.

Den größten Eindruck machten die Darlegungen des Fürsten Bülow über unsre Politik im nahen Orient. Die entschiedne Zurückweisung der Behauptung, daß er anfangs geschwankt habe, ob er an die Seite Osterreich-Ungarns treten solle, an der Hand aktenmäßiger Beweise, die feste Betonung, daß die Wahrung der „Nibelungentreue“ gegen Osterreich-Ungarn dem deutschen Interesse entsprochen habe, die Widerlegung der Meinung, Deutschland habe durch seine bewiesene Bundes-treue die Kriegsgefahr verschärft und sich den Aufgaben einer friedlichen Vermittlung entzogen — das alles machte diesen zweiten Teil der Rede zu einem der bedeutendsten Zeugnisse für den Erfolg der deutschen Politik in der gegenwärtigen Orientkrisis und für die Machtstellung Deutschlands im Rate der Völker.

Noch einmal ergriff Fürst Bülow in derselben Sitzung das Wort, nachdem die Redner der großen Parteien seine Darlegung der politischen Verhältnisse in verschiedenen Punkten besprochen und glossiert hatten. In allem wesentlichen konnten die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, zu der auswärtigen Politik des Reichs nur ihre Zustimmung aussprechen. Wie günstig die Stimmung war, geht schon daraus hervor, daß das Zentrum den Freiherrn v. Hertling als Redner vorschickte, den berufensten und maßvollsten sowie persönlich angesehensten Beurteiler, den es für diese Fragen in seinen Reihen finden kann. Um so kläglich fiel der sozialdemokratische Redner ab, der Abgeordnete Ledebour, dessen öde Deklamationen der Reichskanzler wohl in Übereinstimmung mit dem ganzen Hause am besten dadurch kennzeichnete, daß er der Sehnsucht nach Nebel Ausdruck gab. Die Abfuhr, die Fürst Bülow Herrn Ledebour zuteil werden ließ, war prächtig und wohlverdient. In der zweiten Rede des Reichskanzlers traten infolge der Hinweis der Vorredner die Ausführungen zur Flottenfrage in den Vordergrund, insbesondere die Frage des Verhältnisses zu England. Was der Reichskanzler darüber sagte, war an sich selbstverständlich und nicht neu, es war eben die Ansicht jedes deutschen Vaterlandsfreundes, daß wir mit dem Bau der deutschen Flotte nicht in Wettbewerb mit England treten wollen, daß unsre Flottenfrage eine innere Angelegenheit Deutschlands ist, über die wir mit dem Auslande nicht diskutieren, und daß das Programm unsers Flottenbaus in aller Offenheit daliegt. Es war aber sehr notwendig, daß auch der leitende Staatsmann das alles im Plenum des Reichstags noch einmal ganz unzweideutig zum Ausdruck brachte. An unsrer Stellungnahme kann auch nichts dadurch geändert werden, daß unmittelbar darauf der Premierminister Asquith im Unterhause erklärte, England müsse seinen Flottenbau von dem deutschen abhängig machen. Einen solchen Entschluß zu kritisieren, ist nicht unsre Sache; wir müssen es England überlassen, für seine Interessen zu tun, was es für nötig hält. Nur wird uns natürlich die Auffassung Englands, daß es seine Flottenrüstung auf die erwartete Gegnerschaft Deutschlands hin und nur auf diese einrichten müsse, darin bestärken, daß wir unsrerseits, die wir keine feindseligen Absichten haben, doch auf der Hut sein müssen und uns auf keine Abrüstungsvorschläge einlassen dürfen. Wir müssen dem Reichskanzler auch darin zustimmen, daß das Zeitalter der Kabinettskriege vorüber ist, daß in unsrer Zeit nicht fürstliche Ambitionen und ministerielle Umtriebe, sondern leidenschaftliche

Bewegungen der öffentlichen Meinung, die durch Presse und Parlament die Exekutive mit sich fortreißen, die größte Gefahr für den Frieden bilden.

Mit den Wirkungen unrer Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik können wir wohl zufrieden sein. Nicht nur die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zu der Führung der auswärtigen Politik haben wir zu verzeichnen, sondern auch das endliche Durchbringen der Einsicht, daß in dem Augenblick, wo wirklich das Einsetzen der realen Macht des Deutschen Reichs überhaupt nur in Frage kommt, die Gespenster der Einkreisungs- und Isolierungspolitik plötzlich verschwunden sind. Sie zeigen sich endlich als das, wofür wir sie immer erkannt haben, als Geschöpfe einer fieberhaft erregten Einbildungskraft, die durch systematisch genährtes Mißvergnügen und durch eine Kritiksucht, die niemals in ernster Mitarbeit und gewissenhafter Prüfung ein Gegengewicht fand, in einen krankhaften Zustand versetzt worden war. Man hat neuerdings die Flottenpanik der Engländer mit der im vorigen Jahre bei uns herrschenden Einkreisungsangst in Parallele gestellt. Eine Zeitung meinte, die Engländer erführen jetzt das Walten der Nemesis für die Sorgen, die sie uns früher bereitet haben. Man mag es so auffassen, aber wir sollten meinen, beide Völker haben keine Veranlassung, sich die nervösen Depressionen ihrer öffentlichen Meinung gegenseitig vorzuhalten. Wir haben im vorigen Jahre auch keine gute Rolle gespielt, soweit die öffentliche Durchschnittsmeinung bei uns in Betracht kam, und sollten lieber, anstatt schadenfroh die Purzelbäume der lieben Vettern drüben über dem Kanal wegen der Dreadnoughts zu kritisieren, in Ruhe die Erfahrungen aus solchen krankhaften Zuständen der modernen Volksseelen buchen und studieren. Vielleicht gelangen wir dann zu etwas mehr Wirklichkeitsinn in der Abwägung der wirkenden Kräfte und der entscheidenden Interessen.

Daß im Auslande die Reden des Reichskanzlers über auswärtige Politik verschieden beurteilt worden sind, ist selbstverständlich. Die Beurteilung richtet sich jedesmal nach den Interessen der Länder und den Zielen ihrer eignen Politik. Wer zwischen den Zeilen der Pressstimmen zu lesen versteht, wird trotzdem erkennen, daß Fürst Bülow denen, die gern abfällig über seine Reden urteilen möchten, die Arbeit wenigstens nicht leicht gemacht hat. Am schärfsten hat die russische Presse geurteilt, wohl in der Erwartung, durch das Sekundieren der französischen und englischen Presse den Eindruck der Tatsachen abschwächen zu können. Diese Hoffnung hat augenscheinlich die Blätter vom Schlags der Nowoje Wremja gegen die Erkenntnis blind gemacht, daß sie selbst die einzigen sind, die Rußland bloßgestellt haben. Der Reichskanzler in seinen Reden und die große Mehrheit der urteilsfähigen Politiker Deutschlands in ihren Meinungen haben die Schwierigkeiten, denen die russische Politik in der serbischen Frage ausgesetzt war, wohl zu würdigen gewußt und in dem Einklinken Rußlands einen Entschluß gesehen, den man gern nach seiner vollen Bedeutung anzuerkennen bereit ist. Und es ist inzwischen nachgewiesen worden, daß die einzige vermittelnde Bemühung, die Deutschland in der Sache, ohne seinen Bundesgenossen in Verlegenheiten zu bringen, unternehmen konnte, darin bestand, daß es Rußland in freundschaftlicher Form behilflich war, die rechte Form und den rechten Augenblick zu finden, um den bereits vor-handnen friedlichen Absichten der russischen Politik den Weg zu ebnen und ihnen den Anschein eines demütigenden Rückzugs zu nehmen. Das ist von den verantwortlichen Leitern der Politik Rußlands auch anerkannt und praktisch benutzt worden, und wenn nachträglich die Sache von deutschfeindlicher Seite so gewandt worden ist, als habe Deutschland mit Hilfe eines Drucks und einer Drohung auf Rußlands Entschlüsse eingewirkt, so ist das von deutscher Seite bereits widerlegt und von russischer Seite diese Widerlegung bestätigt worden.

Am 30. März hatte der Reichskanzler Gelegenheit, über innere Politik zu sprechen. Die vorangehenden Redner brachten in manchen Punkten eine Klärung,

ließen aber auch die Schwierigkeiten schärfer als bisher hervortreten. Die Konservativen verharteten freilich in ihrem Widerstande gegen die Nachlasssteuer, zeigten aber doch durch ihren Redner, Freiherrn v. Richthofen, eine Abkehr von der schroffen Haltung gegenüber der Blockpolitik. Die Nationalliberalen traten zum erstenmale — Herr Wassermann hielt eine seiner besten Reden — entschieden auf den Boden der Nachlasssteuer oder erweiterten Erbschaftssteuer, und auch Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung taten, wenn auch etwas verklusuliert und nicht bedingungslos, dasselbe. Andererseits sprach der Redner der Freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Wiemer, recht scharf gegen die Konservativen, noch schärfer — oder richtiger gesagt, leidenschaftlicher — freilich der Volksparteiler Hausmann, aber hier herrschte der Eindruck vor, daß der Redner stark über die Grenze hinausgegangen war, die die führenden Elemente seiner eignen Partei ihm gezogen hatten. Wenn er den Block schon für tot erklärte, während der Sozialdemokrat Dr. David ihn doch wenigstens noch „röcheln“ hörte, so fand doch der Reformparteiler Zimmermann allgemeinere und stärkere Zustimmung, als er meinte, wenn der Block nach solchen scharfen Reden noch zusammenhielte, dann sei er überhaupt nicht umzubringen. Und trotz allen übeln Prophezeiungen und wissenschaftlichen Leichenattesten scheint es, als sei der Block auch wirklich nicht umzubringen.

Diesmal griff der Reichskanzler erst später in die Debatte ein. Er benutzte dazu den Augenblick, als ein täppischer Angriff des Welfen Götz von Mlenhufen ihn unmittelbar auf den Kampfplatz rief. Mit großer Schärfe wies Fürst Bülow die Zweifel, die der Welfe gegen seine Königstreue zu äußern gewagt hatte, zurück und verabsolgte den welfischen Bestrebungen ein Sturzbad, das sie wohl so kräftig und ausgiebig nicht erwartet hatten. Er erweiterte auch hier die Antwort auf einen unbedachten Angriff zu einer Rundgebung von grundsätzlicher Bedeutung für die innern Verhältnisse des Reichs. Dabei fand er Gelegenheit, in sehr ernster Form die Angriffe auf den Kaiser zurückzuweisen und sein Verhältnis zum Kaiser zu beleuchten. Und auf die Anspielungen, daß er wohl nicht lange mehr im Amte bleiben werde, gab er die feste und deutliche Antwort: „Ich bleibe so lange, als mir das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers zur Seite steht, und als es mit meinem Gewissen verträglich ist. Wenn eine dieser beiden Voraussetzungen hinfällig werden sollte, so werde ich keinen Augenblick länger bleiben.“ Noch in manchen andern Punkten schlug der Reichskanzler eine scharfe Klinge, aber der wichtigste Teil seiner Rede war doch der letzte, der sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigte. Fürst Bülow entfaltete seine große Geschicklichkeit, den Standpunkt der verbündeten Regierungen deutlich und entschieden zu präzisieren und festzuhalten und dabei doch keinen der kleinen Fäden fallen zu lassen, deren Zusammenknüpfen den Block doch noch wieder zusammenführen und das Gelingen der Reichsfinanzreform sichern kann.

Ob es glücken wird? Mit einiger Bangigkeit wird die Frage überall gestellt, nachdem der Reichstag noch den Etat fertig beraten hat und dann in die Osterferien gegangen ist, ohne daß in der Reichsfinanzreform trotz genügender Zeit auch nur eine einzige wirkliche Entscheidung getroffen worden ist. Aber es fehlt auch nicht an Anzeichen, daß der schlimmste Tiefstand überwunden ist. Im Volke hat sich in allen Kreisen der entschiedne Wille geregt, daß das Werk zustandekommen muß. In der Osterzeit muß die Klärung erfolgen, und dann werden gleich nach dem Wiederbeginn der Arbeiten rasch bestimmte Entschlüsse zu fassen sein. Hoffentlich fallen sie in der Richtung, die, wenn sie auch vielleicht nicht allen Wünschen entspricht, im Laufe einer monatelangen Kampf- und Überlegungszeit als die richtige, weil die einzig mögliche, erkannt worden ist.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig